

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrunnstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 6. Oktober 1926

Nummer 79

### Ergebnisse der Prinzipalstagung in Eisenach

II.

Zum Kapitel Organisationsfragen auf Unternehmerseite im Buchdruckgewerbe gehört auch das Verhältnis zwischen Deutschem Buchdrucker-Verein, Verein Deutscher Zeitungsverleger und Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe. Daß der letztere, der sogenannte „Agez“, als Teil des Vereins Deutscher Zeitungsverleger besonders im Zeitalter der Rationalisierung weit mehr Abbau- als Existenzberechtigung hat, das konnte man sogar den Begrüßungsworten des Vertreters des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und des „Agez“ auf der Eisenacher Tagung entnehmen. Er bezeichnete nämlich beide Organisationen als ein und dasselbe; „nur daß einmal der Verein Deutscher Zeitungsverleger den Tarifmittel trägt, das andre Mal den feinen Verlegerclubs anzieht.“ Die Organisation der Zeitungsverleger mit dem „Tarifmittel“ ist nämlich der „Agez“ und jene mit dem „feinen Verlegerclubs“ das ist eben der Verein Deutscher Zeitungsverleger. Der Vertreter des letzteren auf der Eisenacher Tagung wies in seinen kurzen Ausführungen selbst darauf hin, daß das Verhältnis seiner Spezialorganisation zum Deutschen Buchdrucker-Verein nicht immer ganz ungetrübt war. Er erläuterte dies wörtlich wie folgt: „Es hat einmal eine Zeit gegeben, da wurden wir in Leipzig gefragt: was wollen Sie eigentlich hier, was haben Sie für Sonderwünsche? Sie sind eigentlich für uns eine Druckersparte und nicht mehr. Dies Wort hat geessen. Es hat eine schwere Verstimmung gegeben, und die meisten riefen damals: raus aus dem DBV.“ Das war erst vor wenigen Jahren. Inzwischen haben sich die Beziehungen zwischen Deutschem Buchdrucker-Verein und Verein Deutscher Zeitungsverleger etwas abgekühlt gestärkt. Wohl oder übel mußte sich die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins damit abfinden, daß der Verein Deutscher Zeitungsverleger als selbständige Unternehmerorganisation in tariflichen Dingen den früheren Spartencharakter innerhalb des DBV, abgestreift hat. Daß es im Verein Deutscher Zeitungsverleger außerdem noch Tendenzen gibt, die nach noch größerer Unabhängigkeit vom Deutschen Buchdrucker-Verein, insbesondere auf tariflichem Gebiete, streben, ist schon mehrfach zu verzeichnen gewesen.

Die Kassenverhältnisse des Deutschen Buchdrucker-Vereins sind, soweit man die „Zeitschrift“ in dieser Frage zu Rate ziehen kann, in ein gewisses Dunkel gehüllt. Die Jahresrechnung für 1925 verzeichnet einen Vermögensbestand von 535 886 M. Das Kapitalkonto weist einen Bestand von 186 473 M., das Hausankaufskonto Ende 1925 325 870 M. auf. Von letzterem entfallen 58 020 M. auf Stiftungen und 37 858 M. auf „Bausteine“. Wertpapiere und Beteiligungen belaufen sich auf 200 000 M. Das Gebäuderkonto in Leipzig verzeichnet 60 000 M., jenes in Berlin 200 000 M., als Außenstände werden 77 870 M. angegeben. Die Mitgliederbeiträge beliefen sich im Jahre 1925 auf 395 073 M. Die Einnahmen im ganzen beliefen sich auf 434 969 M. Unter den Ausgaben für 1925 stehen 130 000 M. für Hausankaufskonto in Berlin, 73 040 Mark für Reisekosten, Tagesgelder und Aufwandsentschädigungen gegen 42 078 M. im Jahre 1924, für Gehälter 61 469 M. gegen 48 345 M. im Jahre 1924. Die beiden letzten Posten sind für das nächste Rechnungsjahr auf je 100 000 M. erhöht worden. Die Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen ist für 1926/27 nur auf 300 000 M. veranschlagt; zwei Drittel dieser Summe sind demnach für rein persönliche Ausgaben für die Vereinsgeschäfte vorgeesehen. Der Vereinsbeitrag für den Hauptverein wird mit 1,50 M. für je 1000 M.

Lohnsumme zunächst belassen, kann jedoch im Falle besserer Wirtschaftsverhältnisse auf 1 M. herabgesetzt werden; der monatliche Mindestbeitrag beträgt 1 M., der Höchstbeitrag 100 M. Zu diesen Beiträgen für den Hauptverein kommen noch besondere Beiträge für die Kreis-, Bezirks- und Ortsvereine zur Unterhaltung der einzelnen Geschäftsstellen usw. Die „Zeitschrift“ brachte bei einer Jahreseinnahme von 153 356 M. einen Überschuß von 13 750 M. Beachtenswert ist ferner, daß an Stelle des zurücktretenden bisherigen dritten Vorsitzenden im Hauptvorstande des Deutschen Buchdrucker-Vereins der Direktor der Druckerei „Deutsche Tageszeitung“, Paul Winkler, zuletzt Beisitzer im Hauptvorstande des DBV, und früherer langjähriger Vorsitzender des Deutschen Faktorenbundes, gewählt wurde.

Für gesicherte Durchführung einer Bestattungsbeihilfe für die Vereinsmitglieder wurden besondere Bestimmungen beraten und beschloffen. Die Mittel für eine Bestattungsbeihilfe von 2000 M. je Todesfall an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes werden im Umlageverfahren als Sonderbeiträge von den Mitgliedsfirmen und persönlichen Mitgliedern vierteljährlich erhoben. Ein klagbarer Rechtsanspruch auf diese Beihilfe wurde nicht anerkannt; der Anspruch wird außerdem hinfällig, wenn nicht nur die besondere Umlage für diese Unterstützung, sondern auch die ordentlichen Mitgliedsbeiträge nicht rechtzeitig bezahlt werden. Diese Verknüpfung der ordentlichen Beitragsleistung mit einem auf besonderem Umlageverfahren begründeten Unterstützungszweig dürfte als notwendig gewordene Abwehr gegen Restanten zu beurteilen sein. Erwähnenswert ist ferner, daß diese Bestattungsbeihilfe des DBV, auch als besonderes Werbemittel zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Prinzipalorganisation dienen soll. Die in Eisenach beschloffenen Ausführungsbestimmungen über die Gewährung dieser Bestattungsbeihilfe sind übrigens noch nach der Richtung charakteristisch, daß sie in ziemlich umfangreicher Weise besondere Beschiedenheiten bezüglich der Vereinsmitglieder zum Ausdruck bringen. Die Unterschiede ergeben sich aus den auch im Buchdruckgewerbe mehr und mehr in Erscheinung tretenden Veränderungen in den Besitzverhältnissen an den Betrieben. Diese Veränderungen haben auch dazu geführt, daß die Satzungen bezüglich der Mitgliedschaftsberechtigung im Deutschen Buchdrucker-Verein auf der Eisenacher Tagung eine spezialisierte Erweiterung gefunden haben.

In gleicher Richtung nach Herkunft wie Ziel ist ferner die in Eisenach beschlossene Errichtung einer „Meisterschule“ für das Buchdruckgewerbe zu beurteilen. Eine solche Schule soll zunächst in München in Verbindung mit der dortigen städtischen Fachschule für das Buchdruckgewerbe geschaffen werden. Die Stadt München stellt die notwendigen Räume, Heizung, Beleuchtung, Betriebskraft für Maschinen und die an der Fachschule vorhandenen Lehrkräfte zur Verfügung. Zu den einmaligen Einrichtungskosten von 185 000 M. trägt der Deutsche Buchdrucker-Verein 100 000 M. in vier Jahresraten bei: In dieser Meisterschule sollen bis zu 64 Schüler unterzubringen sein. Auch für Leipzig ist die Errichtung einer solchen Schule vorgesehen. Das Leipziger Projekt soll ungefähr eine Million Mark kosten, wovon ein Drittel der Staat, ein Drittel die Stadt Leipzig und ein Drittel der Deutsche Buchdrucker-Verein zu tragen hätten. Der Anteil des Staates soll nur als Darlehen gegen Verzinsung und Amortisation für 25 bis 30 Jahre gewährt werden, was eine jährliche Belastung von 24 000 M. bedeuten würde. Die Unterhaltungskosten der Schule in Leipzig würden ebenfalls von Staat, Stadt und DBV, zu je einem Drittel zu tragen sein. 90 Schüler sollen darin

unterzubringen sein, 45 000 M. jährlich an Einnahme ergeben, also rund 500 M. je Schüler im Jahre. Für den Deutschen Buchdrucker-Verein käme eine jährliche Belastung von rund 31 000 M. in Betracht. Trotz vorausgegangener eindringlicher Empfehlung des Leipziger Projektes in der „Zeitschrift“ gab die Eisenacher Hauptversammlung dem Münchener Schulprojekt den Vorzug und bewilligte die anteilig dafür veranschlagten 100 000 M., zahlbar in vier Jahresraten. Für das Leipziger Projekt wurde der gleiche Betrag zwar ebenfalls in Aussicht gestellt, jedoch nur für den Fall, daß dort eine Meisterschule auf ähnlicher Grundlage wie in München errichtet werden könnte. Die Meisterschule soll nach dem diesbezüglichen Bericht in Nr. 74 der „Zeitschrift“ in erster Linie dazu berufen sein, „vorwärtstrebenden Buchdruckergehilfen, besonders Söhnen von Buchdruckereibesitzern die Möglichkeit zu geben, tüchtige Buchdruckmeister auf allen technischen Gebieten, aber auch auf den nicht minder wichtigen der kaufmännischen Leitung einer Buchdruckerei“ zu werden. Die ursprüngliche besondere Betonung einer bevorzugten Zulassung von Prinzipalsöhnen an diesen Schulen ist somit, wenn auch nicht ganz verschwunden, so doch erst an zweiter Stelle zu finden, soweit eine solche Bevorzugung als Werbemittel zur Erlangung eines beachtenswerten finanziellen Aufschusses seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins dienen konnte, mag sie einen gewissen Sinn haben. In der Praxis selbst würde sie jedoch ohne die erforderliche Initiative und den festen Willen zur fachtechnischen Höherbildung auf Seiten der Prinzipalsöhne erfolglos bleiben müssen. Auch vermessen wir in dieser Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete des Fachschulwesens eine Bekräftigung des von dem Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf dem vorjährigen Fachschullehrtag in Leipzig gegebenen Versprechens enger Zusammenarbeit der beiderseitigen Organisationen auf dem Gebiete der fachlichen Fortbildung. Aber wir begrüßen trotzdem eine solche Erweiterung der fachtechnischen Fortbildungsmöglichkeiten. Mag die ganze Art und Weise wie das Problem auf Prinzipalseite bisher angelegt und der Verwirklichung näher geführt worden ist, zunächst noch mehr separatistisch als berufsgemeinschaftlich anmuten, so wird doch zweifellos die erhebliche Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln zur sicheren Durchführung des Unternehmens es ganz von selbst mit sich bringen, daß dies auf die Dauer nicht ohne entsprechendes Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht der Gehilfenschaft geschehen kann. Denn bekanntlich genügt der Wille der Väter allein heutzutage nicht mehr, um die Söhne entgegen ihrem eignen Impuls oder Willen in bestimmte Bahnen zu zwingen. So gut indessen die Absicht der Väter dieser Meisterschule in München usw. auch gemeint sein mag, bestärkt sie doch nur, daß in Prinzipalskreisen die Erkenntnis im Wachsen begriffen ist, daß nicht nur in Gehilfenskreisen das Streben nach berufstechnischer Qualifikation berechtigt und notwendig ist, sondern auch in Unternehmerkreisen. Denn ohne zwingenden Grund steckt eine so verhältnismäßig kleine Unternehmerorganisation keine so hohen Summen in ein Schulprojekt zur beruflichen Erleichterung in den eignen Reihen, wenn nicht tatsächlich brennende Not auf diesem Gebiete vorhanden wäre. Die Gehilfenschaft hat daher gar keine Ursache dieser Entwicklung unsympathisch gegenüberzutreten. Wenn auf diesem Wege das fachkundige Element in leitenden Kreisen des Gewerbes wieder mehr als bisher in den Vordergrund gelangen kann, kann und wird es nur zum Vorteil des gesamten Gewerbes ausschlagen. Denn nur wer selbst die berufliche Arbeit näher kennt, der weiß, sie auch besser zu schätzen!

### Das Buchgewerbe im Ausland

**Polen.** Eine Lohnbewegung, die sich den ganzen Sommer durch hingezogen hat und durch die Verschleppungstaktik auf Unternehmenseite latent zu werden drohte, kann nunmehr durch Spruch des Arbeitsamtes bei der Wojewodschaft Posen als beendet gelten. Als im Anfang dieses Jahres der Hloty (polnische Gulden) seine Währungs- bewegung begann und bis unter die Hälfte des Wertes sank, auf den er nach der Inflation vorstieß und auf dessen Grundlage die Löhne feinergetzt aufgebaut wurden, traten die Gehilfen an die Prinzipale heran mit dem Antrage, die Löhne dem gesunkenen Wert des Hloty entsprechend zu erhöhen. Der Antrag wurde rundweg abgelehnt mit der Begründung, daß höhere Löhne für das Gewerbe nicht tragbar seien. Es muß zugegeben werden, daß damals das graphische Gewerbe unter einer schweren Krise litt, der Beschäftigungsgrad in den Betrieben niedrig und der Arbeitslosenstand ein hoher war. Da sich jedoch der Hloty weiter verschlechterte, auf der anderen Seite sich aber die Situation im Gewerbe allmählich zu bessern begann, erneuerten die Gehilfen ihren Antrag. Die Gegenseite antwortete hinführend, indem sie erklärte, in einer Prinzipals- versammlung zu dem Antrage Stellung nehmen zu wollen. Den Präsidial-Bußschuß und den anschließenden über die ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen, die separatistische Gesetze zeigten, verhängten Ausnahmezustand nahmen die Vertreter der Prinzipale zum Anlaß, den Gehilfenantrag dahin zu beantworten, daß es ihnen unmöglich sei, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, da ihnen der Ausnahmezustand die Abhaltung einer Versammlung verbot. Es war klar, daß diese Auskunft eine nichtige Ausrede und eine offenkundige Maschierung der Gehilfen darstellte. Auf weiteres Drängen der letzteren vertrepräsentete die Prinzipals- vertreter sich wiederum auf eine Versammlung und lehnten dann in dieser jede Lohnerhöhung ab. Darauf wandten sich die Gehilfen um Vermittlung an das Arbeitsamt bei der Wojewodschaft. Diese Vermittlungsbemühung scheiterte jedoch ebenfalls an dem Widerstand auf Prinzipalseite. Nunmehr forderten die Gehilfen eine Entscheidung des Arbeitsamtes; unter ausführlicher Begründung wurde eine Erhöhung der Löhne entsprechend der gesunkenen Kaufkraft des Hloty und den gesteigerten Lebenshaltungskosten beantragt. Das Arbeitsamt lehnte diesen Antrag zwar ab, beschloß jedoch eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 10 Proz., die obligatorisch und rechtsverbindlich ist. Die Gehilfen hatten eine solche von 30 Proz. gefordert. Der Lohn beträgt jetzt in der Spitze 60 Hloty, Korrektoren und Stereotypen erhalten 10 Proz., Metzeure 10 bis 25 Proz., Maschineneher aller Systeme 25 Proz. Zuschlag. Die Forderung der Verhandlungen wurde den Gehilfen insofern erschwert, als der alte Stand der Buchdruckerlöhne hier überhaupt nicht mehr besteht. Bis auf einige wenige kleine Kranten, die sich noch Buchdruckerlöhne nennen können, gehören die großen Druckereien ausnahmslos Aktiengesellschaften, die abern entweder den betreffenden Parteien oder den verschiedenen Institutionen, Verbänden, Behörden usw. So haben einige Druckereien die Militär- und Polizeibehörde, die Universität, die Landwirtschaftskammer usw., zum Teil anscheinliche Betriebe mit Rotations- und Schmalzmaschinen. Selbst das Justizhaus in Rawitsch unterhält einen Kunsttempel, in dem gegen 30 Straßengel in die Geheimnisse der edlen und freien Kunst Gutenberg eingeweiht werden. Auch der polnische Gehilfensverband besitzt eine eigene Druckerei. Alle die Direktoren und Leiter der Betriebe, zum Teil ehemalige Gehilfen, verhalten sich zum großen Teil absehnender und feindseliger den Gehilfenforderungen gegenüber als früher der Besitzer der Druckereien, als sie noch eigener Herr in ihren Betrieben waren. — Der Verband deutscher Buchdrucker in der Republik Polen (ehemalige Verbandsmitglieder der Provinzen Posen und Westpreußen) beschloß auf seiner letzten Generalversammlung, die Beiträge auf 2,50 Hloty zu erhöhen; einschließlich der Bezirks- und Ortsvereinsbeiträge beträgt der Beitrag vom Oktober an 3 Hloty.

**Luzemburg.** Seit 1. Oktober haben die Zeitungen ihren Abonnementspreis einheitlich um 50 Proz. erhöht. Mit demselben Datum setzte der Prinzipalsverband einen neuen Drucktarif in Kraft, der den gegenwärtigen Rohmaterialienpreisen und den erhöhten Löhnen entsprechend normiert ist. Mit der staatlichen Druckfachverteilungszentrale sind die neuen Verhandlungen so weit geblieben, daß eine Einigung voraussehen ist, wenn auch wahrscheinlich nicht allen Erwartungen, die man daran geknüpft hatte, entsprochen werden dürfte. Diese Tatsachen lassen erwarten, daß auch den Gehilfenforderungen auf rechte Wappung der Löhne kein stichhaltiger Grund entgegengehalten sein wird. Wahr ist, daß besonders während des letzten Vierteljahres die Konjunktur für die Zeitungsbetriebe nicht besonders glänzend war, da bei unverhältnismäßig niedrigem Bezugspreis die Geschäftskosten — aber im geringsten Maße durch die Löhne — von Monat zu Monat gestiegen sind. Hier hat sich wieder einmal bewährt, daß die Tarifgemeinschaften im allgemeinen und die Tarifgemeinschaft im Buchgewerbe im besonderen zur Gesundung des ganzen Gewerbes beitragen können, indem nur sie ermöglichen, eine allgemeine Anpassung der Preise an die gegebenen Verhältnisse durchzuführen, da sie durch die Umfassung sämtlicher Betriebe ein Arbeitsstellen einzelner Firmen unterbinden und unlautere Geschäftspraktiken in gewissem Maße ausschalten. Trotz der diesmaligen Preiserhöhung hat die Wertenerung der Zeitungen aber noch bei

weitem nicht mit dem Steigen der Indeziffer gleichen Schritt gehalten. — In Erfüllung des Abkommens vom Monat September, das in Anbetracht der vorher geschiederten Tariffragen eine Zwischenslösung für diesen Monat vorsah, werden die Gehilfenlöcher ab 1. Oktober der Indeziffer angepaßt und dadurch um 15 Fr. wöchentlich erhöht. Sie betragen im ersten Gehilfenjahr 221 Fr.; im zweiten Jahr 231 rep. 251 Fr.; im dritten und vierten Jahr 262 Fr.; im fünften Jahr 265 Fr.; für Maschineneher und Rotationsdrucker 277 Fr.; für Monotypgießer 279 Fr. Wie verlaute, hat der Prinzipalsverband in den letzten Tagen die Lohnklasse I des Tarifabkommens zum 1. Oktober gekündigt. Wenn hier das Beispiel der belgischen Prinzipale nicht anregend gewirkt hat, so wird wohl der Stabilisierungsversuch der luxemburgischen Regierung den Beweggrund zur Kündigung hergegeben haben, da man sich für den Fall einer einschneidenden Änderung im Währungssystem freie Hand schaffen wollte und nicht durch einen langfristigen Vertrag gebunden sein möchte. Wie dem auch sei, der Gehilfensverband wird in Ruhe abwarten, wie sich die Dinge entwickeln werden, und trachten, nicht von den Ereignissen überrast zu werden.

**Belgien.** In dem Schreiben, in dem die Prinzipalsorganisation dem belgischen Buchdruckerverband die Kündigung der Lohnklasse I zur Kenntnis brachte, wird dargelegt, daß das Buchgewerbe sich augenblicklich in einer sehr missigen Lage befindet, und daß die Katastrophe unvermeidlich sei, wenn ab Oktober die Löhne der Indeziffer angepaßt werden müßten, wie es der Tarifvertrag vorsieht. Daß der Geschäftsgang zu wünschen übrig läßt, ist nicht zu leugnen, wenn man in Betracht zieht, daß in manchen Städten, hauptsächlich in Brüssel, eine Arbeitslosigkeit herrscht, wie man sie seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Absolut unrichtig ist es aber, diese Krise auf das Konto der angeblich zu hohen Löhne zu buchen. Für die große Mehrheit der belgischen Buchdrucker ist trotz des Spielens mit hohen Zahlen der Vorkriegslohn bis heute nicht erreicht, wenn man die Lebensverhältnisse der damaligen Zeit in Betracht zieht. Überdies sind für viele Bedarfsartikel erster Notwendigkeit die Preise derart, daß sie in keinem Verhältnis zur augenblicklichen Indeziffer stehen. So notieren (bei einer Indeziffer von 728): Brot 1080, Kaffee 1261, Butter 804, Schmalz 887, Speck 928, Seife 1085, Rohöl 832. Hieraus ergibt sich, daß es unannehmlich wäre, den Arbeitern weitere Entscheidungen aufzuerlegen, indem man die Anpassung der Löhne hinterziehen will. Zudem wäre die Maßregel unwirksam, da die Krisis andere Ursachen entspringt. Die hauptsächlichsten dieser sind die Sparpolitik der Regierung, nicht zuletzt bei den Druckaufträgen, die Teuerung der Rohmaterialien (Papier, Farbe, Metall), die das Bestehen gerade früher Kosten, die die Höhe der Zahl von Maschinen in manchen Betrieben, die zur Zeit einer ungesunden Konjunktur angekauft wurden, in der Annahme, daß die Periode der Ausgabe von neuen Geldscheinen, Staatsobligationen, Gesellschaftsaktien und dem sonst in Zusammenhang damit stehenden Bedarf an Drucksachen ewig dauern würde, wodurch ein maßloses Anwachsen der Betriebs- und Amortisationskosten herbeigeführt wurde. Eine der Hauptursachen ist die Unsicherheit der Währung. Um hier einen Ausweg zu finden, muß man andre Mittel anwenden, als die Niederhaltung der Löhne, da diese noch weit davon entfernt sind, mit den andern Unkosten gleichen Schritt zu halten. In einer Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter zwecks Stellungnahme zur Kündigung der Lohnklasse I verfochten die Arbeitgebervertreter den Standpunkt, daß die Kündigung zu Unrecht gesehen sei, da für eine eventuelle Kündigung nicht der Juli-Index, sondern derjenige des Monats September in Betracht komme. Eine Einigung konnte hierüber nicht erzielt werden, so daß man die Streikfrage einem Schiedsgericht unterbreiten mußte. Die Schiedsrichter schlossen sich der Ansicht der Arbeitgebervertreter an, so daß die Kündigung gemäß Tarifvertrag erst am 1. Oktober erfolgen darf. Die Löhne für die Monate Oktober, November und Dezember müssen gemäß September-Index festgesetzt werden. Die Lohnklasse I tritt erst am 31. Dezember außer Kraft. In einem gemeinsamen Rundschreiben weisen die „Fédération Typographique Belge“ und die „Centrale des Travailleurs du Livre“ auf diese Entscheidung des Nationalen Schiedsgerichtes hin und ermahnen alle Mitglieder, streng darauf zu achten, daß dem Schiedspruch Geltung verschafft werde, der die Löhne vom 1. Oktober bis zum 1. Januar regelt, und daß man sich unter keinen Umständen von irgendwelchen gegenseitigen Einschüchterungen der Prinzipale betören lassen möge. Die Lohnaufbesserungen stellen sich für die einzelnen Orte wie folgt: Bruxelles 38,50 Fr. (Minimum 254 Fr.); Anvers 35,75 (224,45); Charleroi 39 (221); Gand 39 (214,70); La Louvière 32,50 (217,95); Liège 35,75 (211,45); Mons 39 (221,20); Nivelles 32,50 (211,45); Ost 34,10 (202,10); Arlon 34,10 (202,10); Vervins-le-Comte 31 (208,30); Bruges 34,10 (202,10); Courtrai 34,10 (202,10); Huy 34,10 (202,10); Louvain 34,10 (208,30); Malines 31 (202,10); Namur 31 (202,10); Dinde 34,10 (202,10); Saint-Nicolas 37,20 (208,30); Louvain 34,10 (208,30); Waure 34,10 (208,30); Diep 29 (182,70); Vervins-le-Comte 31 (185,60); Tirlemont 29 (185,60); Grammont 31,90 (182,70); Hasselt 31,90 (185,60); Renaix 31,90 (182,70); Roulers 31,90 (182,70); Tongres 31,90 (182,70). Diese Erhöhungen beziehen sich auf die Wochenlöhne. Die durch den Kongreß vom Huy im Jahre 1924 ins Leben gerufene Kommission des belgischen Typographenbundes zählte am 30. Juni 1926 6345 Mitglieder und weist einen Vermögensstand von

385 622 Fr. auf. Am 1. Juli 1931 soll mit der Auszahlung der Pensionen begonnen werden.

**Frankreich.** Obwohl dem französischen Buchdruckerverband angeliebert, haben die Kollegen von Elsaß-Lothringen ihre Organisationsform von vor dem Kriege sozusagen restlos beibehalten. Dies erfüllt aus der Tatsache, daß die Unterfüllungseinrichtungen intakt erhalten wurden, und daß die Lohnverhältnisse auch heute noch im allgemeinen erheblich besser sind als in Innerfrankreich, mit Ausnahme von Paris. Das Minimum in Elsaß-Lothringen beträgt jetzt 270,90 Fr. wöchentlich, wählend, nach der neuesten Aufstellung, die Tagelöhne für folgende Städte Innerfrankreichs sich momentan also stellen: Rennes 80,60 Fr.; Mont-de-Marsan 30,50 Fr.; Menton 32 Fr.; Flers 28,55 Fr.; Mantes 36,80 Fr.; Menus 37,20 Fr.; Bourg 32,90 Fr.; Alençon 25 Fr.; Dijon 27 Fr.; Versailles 43,60 Fr.; Méru 36,80 Fr.; Vendôme 26 Fr.; Dinan 25 Fr.; Troyes 29,20 Fr.; Etampes 36,80 Fr.; Nices 36,60 Fr. Als Folge davon ist, nach dem Verbandsorgan der Sektion Elsaß-Lothringen, ein gewisses Abwandern von Arbeiten nach Innerfrankreich zu konstatieren und als weitere Auswirkung ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den größeren Druckstädten Elsaß-Lothringens festzustellen. Um eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung gewähren zu können, waren die Sektionsvorsitzende gezwungen, die Wochenbeiträge von 6 auf 9 Fr. zu erhöhen. Die Unterfüllungssätze für Arbeitslose betragen, gemäß der neuen Verfügung, 9 Fr. pro Tag. Die ausländischen Kollegen werden erlucht, das elsäß-lothringische Verbandsgebiet vorläufig zu meiden.

**Südafrika.** Einem aus einem Hamburger Kollegen freundlichst zur Verfügung gestellten Briefe eines Maschineneherkollegen in Pretoria vom 22. August entnehmen wir einige allgemein interessierende Mitteilungen über die dortigen Arbeits- und Berufsverhältnisse. Auf Grund einer längerer Zeit erlittenen Notiz der „Buchdruckerwoche“ über einen in Südafrika angeblühenden Maschinenehermangel erhielt das Geschäft, in dem der Briefschreiber tätig ist, einen ganzen Stapel von Bewerbungsschreiben. Diese wurden ihm vom Geschäftsführer huldvollst zur Beantwortung in die Hand gedrückt. „Was er selbst für unmöglich hielt“, so heißt es in dem Briefe dann wörtlich weiter, „sollte ich ausführen! Ich habe einigen Kollegen geschrieben, wie die Dinge hier liegen, aber allen zu antworten, ist unmöglich. Und wenn ich mich nun an die Buchdruckerwoche wende, so wird das auch nichts nützen, weil die betreffende Mitteilung unfers Erachtens vom hiesigen Arbeitgeberverband in Gemeinschaft mit andern europäischen Unternehmen veranlaßt worden ist, um die erst seit ein paar Jahren bestehende Tarifgemeinschaft zu zertrümmern, die wohl hauptsächlich den englischen Kollegen zu verdanken ist.“ Mit Bezug auf einen Berliner Kollegen, der sich um eine Maschineneherstelle in Pretoria bewarb, und dabei freie Hin- und Rückreise zweiter-Klasse für sich- und seine Frau sowie Anstellung mit Pension beanpruchte, bemerkt der Briefschreiber: „Ein solches Verlangen ist ja ganz gut, aber so etwas gibt es hier überhaupt nicht. Die Reise hat vielmehr auf eigene Kosten zu erfolgen. Die Einwanderungsgebühren sind sehr streng. Ein Kollege, der auf eigene Faust fährt, muß erstens einmal 30 Pfd. Sterl. bei der Schiffsfahrtslinie für die Rückfahrt deponieren (andernfalls wird keine Fahrkarte für die Hin- und Rückreise ausgegeben), und zweitens muß er mindestens 100 Pfd. Sterl. Barvermögen bei Antritt in einem hiesigen Hafen aufweisen können. Kann er dieses nicht, so ist es ausgeschlossen, daß er überhaupt an Land kommt. Zu vergessen ist überdies nicht, daß die Reise auch unterwegs Geld kostet, und zwar nicht zu knapp. Doch selbst wenn ein Kollege alle diese Bedingungen tatsächlich zu erfüllen vermag, dann hat er noch lange keine Arbeit. Hat er aber solche nicht, so gehört er auch der Gewerkschaft nicht an, denn diese vergibt ja die Arbeit, d. h. wenn sie welche hat. Die großen Tageszeitungen (man darf sich darunter natürlich nicht solche vom Umfang der Hamburger oder Berliner Blätter vorstellen) werden meist englisch geleitet, und da Engländer und Schotten sehr an Traditionen hängen, haben die Betriebe auch fast ausschließlich englisches oder schottisches Personal. In die hiesige Regierungsdruckerei hineinzukommen, ist gleichbedeutend mit der Entdeckung des Steins der Weisen. Eine andre Schwierigkeit liegt in den sprachlichen Verhältnissen. Wenn ein deutscher Maschineneher glaubt, Englisch sprechen und hören zu können, so kann er noch lange nicht lesen, denn die englische Schreibschrift ist eine andre als die deutsche. Außerdem sind die Manuskripte immer unter dem Motto Time is money geschrieben. Und wenn da ein Deutscher mit Schulenglisch 6000 Buchstaben sehen will, dann muß er alle Gunst des Herrn Unternehmers auf sich vereinen können, um die besten Manuskripte zu erhalten. Er muß sozusagen den Papst zum Beter haben. Im letzten Vierteljahr sind hier laut Bericht der Unternehmer 31 Maschineneher aus Europa angekommen. Davon sind acht untergebracht. Sieben andre hatte sich eine große, kapitalkräftige Zeitung in Kapstadt heimlich aus Holland verschrieben zu dem Zwecke, ihre alten Maschineneher auf die Straße zu werfen. Und das obwohl der Tarif vom Gesetz erklärt worden ist.“ Soweit unser afrikanischer Gewährsmann. Sein Brief enthält noch manches Wissenswertes, was sich zur Veröffentlichung weniger eignet als zur Bekanntgabe in Versammlungen. Auf alle Fälle seien auswanderungslustige Kollegen dringend gewarnt, sich trügerischen Hoffnungen hinzugeben. Wie wir an anderer Stelle schon kürzlich bekanntgaben, sind Mitteilungen über einen in Südafrika bestehenden Maschinenehermangel völlig aus der Luft gegriffen.

### Korrespondenzen

**Frankfurt a. M. (Maschinenfächer.)** Die Veranstaltung eines „Technischen Sonntags“ am 12. September in Bad Nauheim lockte die Kollegen aus allen Orten des Gaues Frankfurt-Bezirks nach dem schönen Bäderstädtchen, so daß fast 200 Spartenkollegen sich dort versammelten und neben technischen Vorträgen und Demonstrationen einige gemüthliche und gnußreiche Stunden verlebten. Nach Begrüßungsansprachen machte der Vorsitzende die mit Beifall beglückte Mitteilung, daß der Gau durch die Ortsgruppe Maschinenfabrik neuen Zuwachs erhalten habe. In einem eingegangenen Schreiben sprach die Witwe Dominé für die ihr bewiesene Teilnahme und Hilfe, insbesondere für die Geldsammlung anlässlich des fünften Maschinenfächerkongresses, ihren herzlichsten Dank aus. Den Hauptpunkt des Programms bildete ein Vortrag des Herrn Diplom-Ingenieurs K r a m e r: „Betrachtungen über neuzeitliche Heizungsanlagen“. In eingehender und objektiver Weise schilderte der Heizungsfachmann die Verwendung von Gas und Elektrizität unter Berücksichtigung der hygienischen und wirtschaftlichen Seite dieses Problems. Er kam zu dem Resultat, daß eine neuzeitliche Gasbeheizung der Sechsmaschine, z. B. mit dem sogenannten „Miprega“-Brenner, sehr wohl in der Lage ist, die Konkurrenz auch in hygienischer Beziehung mit der Elektrizität aufzunehmen. Die interessantesten Ausführungen erzielten reichen Beifall. Teilweisem Widerspruch der Versammlung folgte der Referent die Auffassung entgegen, daß man sich erst einmal über die Ergebnisse einer modernen Gasheizung orientieren müsse, bevor man sie in Bau und Bogen verdamme. Nach je einem technischen Vortrag über die Linotype (Kollege G e r n) und den Typograph (Kollege S e i l), die mangelhafte Wissenswerte boten, wurden einige neuere Verbesserungen der Weggenhaller Sechsmaschinenfabrik erläutert und verschiedene Neuheiten in Hilfsmitteln vorgeführt. — Einem gemeinschaftlichen Mittagessen folgte ein Spaziergang durch die Trink- und Bäderanlagen Bad Nauheims. Das Nachmittagskonzert auf der Kurhauserstraße, zu dem die Kurverwaltung Karten zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stellte, bot einen besonderen Genuß. Ein kollegiales Beisammeln bei Musik, Tanz, Humor und Regitation ließ die noch wenigen Stunden nur zu schnell verfliegen. Allen Mitwirkenden, besonders dem Herrn Diplom-Ingenieur Krammer, der Kurverwaltung und nicht zuletzt den Bad Nauheimer Kollegen sei für alles Gebotene herzlich gedankt!

**Leipzig. (Handfächer-Vereinigung.)** Am 9. September abgehaltene Versammlung mußte infolge einer für den 13. September in Aussicht genommenen Demonstration der Leipziger Gewerkschaften anlässlich des Jubiläums der Gewerkschaftsinternationale vorverlegt werden, was den Versammlungsbefuch ungünstig beeinflusste. Die Tagesordnung wies einen Vortrag des Kollegen K r e t s c h m e r (Berlin), Vorsitzenden der Zentralkommission der Maschinenfächer, auf: „Die Maschinenfächer und ihr Verhältnis zu den Handfächern“. Das gab dem Vorstand Anlaß, auch die Mitglieder anderer Sparten, vor allem die der Maschinenfächerpartei, einzuladen, die auch in ansehnlicher Zahl der Einladung Folge geleistet hatten. Nachdem Kollege W o l f f r a m den Referenten und auch die erschienenen Kollegen begrüßt und auf die Ursachen der Verlegung hingewiesen, machte er im Vereinsbericht davon Mitteilung, daß in letzter Zeit je eine kombinierte Sitzung mit den Vorständen der Maschinenfächer-, Drucker- und Korrektorenpartei stattgefunden hat, und behandelte die Fragen, die der Ausdruckswechsel zwischen den Spartenvorständen zugrunde gelegen haben. Er verwies ferner auf die für das Winterhalbjahr 1926/27 in Aussicht genommene fachtechnische Kurse, die diesmal so eingerichtet werden sollen, daß sie den Bedürfnissen einer jeden Spezialgruppe der Handfächer Rechnung tragen. Der Vortrag des Kollegen K r e t s c h m e r enthielt im ersten Teil einen geschichtlichen Rückblick über das Entstehen und die Entwicklung der Sechsmaschine, ihr Vordringen im Gewerbe und eine Schilderung der Auswirkungen, die das Vordringen der Maschine für den Handfächer zeitigte. Im zweiten Teil beschäftigte sich der Vortragende mit den Gegenwarts- und Zukunftstagen, wobei er auch seinerseits ganz besonders die Notwendigkeit eines verbindlichen Zusammenarbeitens der Maschinenfächer mit den Handfächern hervorhob. Er verwies auf die Forderungen der Maschinenfächer und begründete sie, er verwies auch darauf, daß die im Zusammenhang mit dem 3. Absatz 7 ab und zu auftretenden Differenzen zwischen Hand- und Maschinenfächern von Fall zu Fall ihre Erledigung finden müssen, so daß besondere Schädigungen einer Berufsgruppe zu vermeiden wären. Das Thema war deshalb zeitgemäß, weil das gegenseitige Verständnis unter den einzelnen Berufsgruppen einer dauernden Förderung durch Aufklärung bedarf. Das bewies auch die Debatte, in welcher Kollege W o l f f r a m den Standpunkt der Handfächer begründete, die Forderung der Maschinenfächer, soweit sie eine alte gewerkschaftliche Forderung sei, zu unterstützen, dabei hervorhebend, daß die Verkürzung der Arbeitszeit bei den Maschinenfächern in erster Linie dazu angetan sei, neben den Maschinenfächern auch der Berufsgruppe der Handfächer zu nützen. Die Abschaffung des Berechnens an der Maschine müsse einer andern Beurteilung unterliegen als das Abschaffen des Berechnens im Handfächer. Die übrigen Debattierenden äußerten sich teils in zustimmendem, teils in ablehnendem Sinne. Kollege T o m a s, Vorsitzender der Drucker, erblidete eine Intonsequenz in dem Verhalten der Handfächer, wenn sie die Forderung der Maschinenfächer unterstützen, hingegen Forderungen anderer Sparten gegenüber sich ablehnend verhalten. In ähnlichem Sinne äußerte sich Kollege D ö b l e r als Obmann der Rotations. Ohne die Kollegen überzeugen zu können, wies Kollege W o l f f r a m den Vorwurf der Intonsequenz zurück, betont, daß wohl zu unterscheiden wäre zwischen der alten Forderung der Maschinenfächer, deren Stellung und Durchsetzung ganz andere Ursachen zugrunde gelegen haben, und den neu gestellten Forderungen anderer Sparten. Wenn die Drucker sich heute risikofrei zum Leistungsprinzip bekennen, so tun es die Handfächer nicht minder, ja noch mehr, sie verhalten diesem Standpunkt in letzter Zeit erst wieder voll zur Geltung. Der gewerkschaftliche Sinn der Handfächer gebiete ihnen aber, sich für Ver-

lorenes mit einzusetzen, da sie sich Nutzen für die Handfächer wie für die Organisation überhaupt davon verschaffen. Mit einer Minderbewertung der Tätigkeit anderer Berufsgruppen habe das nichts zu tun, da sich ja dann die Handfächer zwangsläufig in diese Minderbewertung mit einbeziehen würden. Auch Kollege K r e t s c h m e r hob im Schlußwort noch einmal hervor, daß er die Tätigkeit aller übrigen Berufsgruppen achte und anerkenne, aber doch zu bedenken gebe, daß viele stichhaltige Begründungen, auch vom Standpunkte der Organisation, gegeben werden können, die die Forderungen der Maschinenfächer gerechtfertigt erscheinen lassen. Nicht die Kräfte im Widerstreit der Meinungen zu verzetteln, sondern vereint und geschlossen vorwärtszugehen zum Nutzen des Verbandes, sei unsere Aufgabe für die Zukunft, in der wir schließlich mehr noch als bisher aufeinander angewiesen sein werden. Diesem Mahnruf schloß sich der Kollege Wolfram an, der dem Kollegen Kretschmer den Dank der Versammlung für seine Ausführungen übermittelte. Damit hatte die Versammlung, die in der Hauptsache der gegenseitigen Ausprache und Aufklärung gewidmet war, in vorgerückter Stunde ihr Ende erreicht.

**Münster.** Am 3. September erfuhr zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen, erlebte mehrere Aufnahmegerüche und beschloß nach Entgegennahme einiger Mitteilungen, daß neben den umlaufenden Sammelkästen für die englischen Bergarbeiter aus der Ortsliste 200 M. abgeführt werden sollen. Zur Wahl von sieben Gauvorstandsmitgliedern wurden elf Kandidaten aufgestellt. Hierzu wurden nach einem einleitenden Vortrag des Kollegen S ö b n e r über „Pflege der Kollegialität“ die Kollegen Franz D i e h l e r, Franz M ü l l e r, Julius S c h o b e r und Karl W i m m e r für 50jährige Verbandszugehörigkeit durch Überreichung von Diplomen und Geschenken aus Gau- und Ortskassen und allseitige Glückwünsche geehrt. Vom Gauvorstand sprach Kollege H e m m e r i c h einige anerkennende Worte. Bei Viedervorträgen des Buchdrucker-Gesangsvereins, Klavier-Vorträgen, ersten und humoristischen Regitationen und Solologarien verschiedener Kollegen nahm der Abend einen harmonischen Verlauf.

**Osnabrück. (Maschinenfächer.)** Ihrem bei unsern vorjährigen Besuch in Münster gegebenen Versprechen nachkommend weilten am 5. September die Münsterschen Kollegen zu Besuch in unsrer Stadt. Nicht nur Maschinenfächerkollegen, sondern auch viele Kollegen vom Ortsverein sowie der Gesangsverein „Typographia“ waren erschienen. Nach Empfang der Kollegen am Bahnhof wurde ein Spaziergang durch die Stadt gemacht nach dem Restaurant „Zum Hektor“, wo ein Frühstücken die Kollegen bei Begrüßungsansprachen, Musik und Gesangsvorträgen in kollegialer Weise vereinigte. In den Begrüßungsworten der Bezirksvorstehenden H e r l i k u s (Osnabrück) und M e i s t e r (Münster) kam der Wunsch zum Ausdruck, daß solche Veranstaltungen recht oft wiederkehren mögen, da sie zur Pflege der Kollegialität wesentlich beitragen, und daß das freundschaftliche Band zwischen Osnabrück und Münster fernerhin erhalten bleiben möge. Der Nachmittag brachte einen Ausflug in Osnabrücks herrliche Umgebung, und zwar nach dem schönen Wiesberg. Im Wiesberger Gesellschaftshaus vereinigte sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zu fröhlichem Tanz. In wechselnder Folge brachten hier die Gesangsvereine „Typographia“ (Osnabrück) und „Typographia“ (Münster) Lieber ersten und heiteren Charakters zu Gehör. Erste Buchdrucker-Gemeinschaft hielt die Kollegen bis zur Abfahrt des Tages beisammen. Mit dem Bewußtsein einmal wieder einen schönen Tag in Buchdruckerzeiten verleben zu haben, wanderte wohl jeder seinen heimathlichen Penaten zu.

**Wrazburg. (Drucker.)** Am 4. September, vormittags, fand hier unsre Bezirksversammlung statt. Kollege S o b e rgrünne die Versammlung und begrüßte die von auswärtig erschienenen Kollegen. Sodann erstattete Kollege W i n n e r l e in vorläufiger Weise Bericht über den Druckerkongress. Infolge vorgeschrittener Zeit konnten die Punkte „Technisches“ und „Verschiedenes“ nicht mehr erledigt werden. Nachmittags 2 Uhr fand eine Besichtigung der Schnellpressenfabrik Bohn & Berber statt, zu der sich die Kollegen von Schweinfurt, Hofenhausen, Bad Kissingen, Brühlmann und Ochsenfurt einfanden. Herr Oberingenieur K r o b a u g begrüßte namens der Fabrikleitung die erschienenen Gäste und führte sie selbst durch die verschiedenen Gebäude, wo er in der Montagehalle einen längeren Vortrag über die Spezialmaschine „Record“ und „Ultra-Record“ hielt. An die Besichtigung schloß sich ein kleiner Spaziergang durch die Stadt.

### Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Stempelfabrik G. K. C o o l e & W e y l a n d t in B e r l i n machte der Inhaber der Firma, Herr C. L i t t a u e r, dem gesamten Personal ansehnliche Geldgeschenke. Nach fünfjähriger Tätigkeit gab es einen vollen Wochenlohn, während das jüngere Personal einen halben Wochenlohn erhielt.

**Meisterprüfung.** Der Seherkollege P a u l P r a t t i aus B r e s l a u bestand vor der Handwerkerkammer Dessau die Meisterprüfung mit Erfolg.

**Sanktion für unbesagte Lehrlingshaltung.** Im „Korr.“ ist erst lechthin wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, genau darauf zu achten, ob die geschäftlichen Voraussetzungen für die Ausbildungsbezugnis von Lehrlingen in jedem Fall vorhanden sind. Unbesagte Lehrlingshaltung wird nach § 148 Ziffer 9b der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft. Daß aber auch härtere Strafen verhängt werden können, beweist ein kürzlich ergangenes Urteil des Amtsgerichts Dinslaken. In einer Strafgerichtssitzung stand ein Elektrotechniker unter Anklage, weil er zwei Lehrlinge gehalten hatte, ohne die zum Internen von Lehrlingen erforderliche Meisterprüfung abgelegt zu haben. Der Angeklagte bestritt die Beschuldigung und erklärte, daß die beiden jungen Leute lediglich nur als Laufburschen tätig gewesen seien und in keinem Lehrverhältnis gestanden hätten. Durch die Beweisaufnahme konnte der Angeklagte jedoch einwandfrei überführt werden. Das Gericht verhängte deshalb gegen ihn eine achtstägige Haftstrafe.

**Auswanderungslustigen zur Beachtung.** Fast keine Woche vergeht, ohne daß wir nicht von auswanderungslustigen Kollegen um Auskünfte über Lebens- und Berufsverhältnisse in den verschiedensten Ländern ersucht werden. Soweit wir dazu in der Lage sind, wird den Anfragen entsprochen. Unter den überseeischen Ländern sind es besonders Argentinien und Brasilien, die unter dem Einfluß einseitiger Propaganda eine starke Anziehungskraft auf Auswanderungslustige ausüben. Aus diesem Grunde scheint es angebracht zu sein, über die sozialen Verhältnisse in Brasilien etwas mitzuteilen, wie sie im Interesse gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der Internationale Gewerkschaftsbund neuerdings wie folgt festzulegen: „Die aus dem Jahre 1891 datierende Verfassung von Brasilien gibt den Arbeitern das Bestimmungs-, Vereins- und Streikrecht. Die Bundesregierung sowie die einzelnen Staaten, die ihre eigenen Gesetze und Regierungen haben, kümmern sich jedoch nicht im geringsten um die Verfassung. Gewerkschaften dürfen nur unter Zustimmung und Bewachung der Polizei Versammlungen abhalten; bei Streiks und Auspersierungen stellen sich Polizei und Militärbehörden auf Seiten der Unternehmer. Dies zeigte sich kürzlich wieder, als das ganze, aus 200 Mann bestehende Personal einer Zuteufabrik in Sao Paulo wegen Vertreibung der Arbeitswoche auf vier Tage in Streit trat. Sofort glückte die Fabrik einem besetzten Lager. Sie wurde mit Hunderten von Soldaten besetzt und mit Maschinenengewehren ausgestattet. Die Zeitungen berichteten über diesen Vorfall natürlich kein Wort. Von Pressefreiheit weiß man nichts: wer schreibt, was der Regierung nicht paßt, wird meistens ohne gerichtliche Aburteilung hinter Schloß und Riegel gesteckt. Die Regierung schreibt den Zeitungen einfach vor, worüber nicht geschrieben werden darf. Die „Koloniezeitung“, ein brasilianisches Tageblatt mit ausgeprägter reaktionärer Tendenz, teilt z. B. mit, daß über Arbeiterfragen, Belagerungszustand und die portugiesische Revolution nicht geschrieben werden darf. Im Lande herrscht dauernd der Belagerungszustand, was allen reaktionären Maßnahmen Vorschub leistet. Die Zensur ist so streng, daß der Briefwechsel zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen brasilianischen Staaten sowie mit dem Ausland sozusagen unmöglich gemacht.“ Derartige Zustände sind wirklich nicht verdaulich für deutsche Arbeiter, sondern eher geeignet, Auswanderungslustige zu größter Vorsicht zu mahnen. (Siehe auch den Auslandssteil in heutiger Nummer unter Südafrika.)

**Gegen Doppelverdienner.** Dieser Tage wandte sich das Reichsarbeitsministerium mit folgender Rundgebung gegen Doppelverdienner: „Es mehren sich in letzter Zeit wieder die Klagen über die sogenannten Doppelverdienner. Man versteht darunter Personen, die, obgleich sie an sich nicht auf Erwerb angewiesen sind, einer besagten Beschäftigung nachgehen. So sehr es an sich zu begrüßen ist, wenn niemand ohne Not müßig sein will, so schlimm sind die Folgen solchen Doppelverdieners bei der gegenwärtigen Weltmarktlage. Denn jeder dieser Doppelverdienner nimmt einem andern die Erwerbsmöglichkeit weg und macht ihn arbeitslos. Oft genug raubt er in normalen Zeiten vielleicht begreifliche Hilfe von Töchtern bessergestellter Eltern, sich ein „Fahrgeld“ zu verdienen, jetzt einem Familienkassenarbiten Brot und Lebenshaltung. Außerdem werden die Finanzen von Staat und Wirtschaft belastet, weil infolge der Erwerbsarbeit Nichtbedürftiger Erwerbslosenunterstützung für Bedürftige gezahlt werden muß. So besteht allerorts das dringende Interesse, die Doppelverdienner auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken. Die gahstreichsten Klagen, die bei dem Reichsarbeitsminister über diese Zustände eingegangen sind, haben ihn veranlaßt, sich erneut an die in Betracht kommenden Stellen mit der dringenden Bitte zu wenden, ihrerseits alles zu tun, um diesem Zustand ein Ende zu machen. Soffentlich hat diese Bitte des Reichsarbeitsministers Erfolg und bringt zahlreichen Erwerbslosen wieder Arbeit, ohne berechtigte Interessen anderer zu schädigen.“ Der Begriff des Doppelverdienners ist hier nicht klar definiert. Es gibt in allen Berufskreisen Elemente, die nie genug kriegen können und die sich den Teufel darum kümmern, wie es ihren Nebenmenschen geht. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte kann ein derartiger ungesunder Egoismus keinesfalls gutgeheißen werden, sondern man muß ihn energig bekämpfen, wo er sich zeigt.

**Geschleizerte Einigungsbestrebungen in der Beamtenbewegung.** Bald nach der Gründung des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde von der im Deutschen Beamtenbund verbliebenen Opposition der Versuch unternommen, die beiden Beamtenverbände wieder zu vereinigen. Der Versuch scheiterte, weil der Allgemeine Deutsche Beamtenbund an dem mit den beiden freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, dem ADGB und dem AFB-Bund, abgeschlossenen Organisationsvertrag festhielt. Im Herbst 1923 wurde wiederum auf Betreiben der Opposition im Deutschen Beamtenbund ein Einigungsversuch unternommen. Auch er scheiterte, genau so wie der erste Versuch, an dem bestehenden Organisationsvertrag. Der in den folgenden Jahren durchgeführte Personalabbau, in Verbindung mit der Beseitigung des Aufstufentages und der Ablehnung so ziemlich aller Beforderungsforderungen der unteren und mittleren Beamten, ließ den nie ganz erlöschenden Einigungsgedanken erneut aufleben. So kam es, daß in den Sommermonaten 1926 zunächst inoffizielle und später offizielle Einigungsverhandlungen geführt wurden, die am 10. September abermals als gescheitert angesehen werden mußten, weil sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in der Organisationsvertragsfrage nicht überbrücken ließen. Bezeichnend ist es übrigens, daß sich der Deutsche Beamtenbund, bevor er mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Einigungsverhandlungen eintrat, auch an den christlichen Gesamtverband der Beamtengewerkschaften gewandt hatte. Die mit diesem geführten Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis läuft auf Konzeptionsähnlichkeit hinaus. Formell tritt nämlich der Gesamtverband in den Deutschen Beamtenbund ein und erklärt sich auch mit der Beseitigung des bisherigen Bundesorgans des Beamtenbundes einverstanden. Die Internationale der Eisenbahner. Die europäische Hochfahrergemeinschaft, um die länger als zwei Jahre zwischen den Industrien Deutschlands, Frankreichs, Bel-

